

Der Kanton greift Altersheimen unter die Arme

Regierungsrat finanziert Hilfsmittel zur Pflege in Seniorenheimen – aushilfsweise

Von Christian Fink

Basel. Bis vor Kurzem war es üblich, dass in der stationären Pflege die Kosten für die sogenannten «Mittel und Gegenstände», die in der Pflege verwendet werden – etwa Verbandsmaterial, Stützstrümpfe oder Inkontinenzmaterial –, durch die Krankenversicherer vergütet wurden. Das Bundesverwaltungsgericht entschied jedoch vor Jahresfrist, dass dies nicht mehr zulässig sei. In der Folge stellten die Versicherer die Vergütung der «Mittel und Gegenstände» auf Anfang dieses Jahres ein. Dies verursacht alleine bei den basel-städtischen Pflegeheimen jährlich Mindereinnahmen von rund zwei Millionen Franken.

Darüber sind weder die Betreiber der Pflegeheime glücklich, noch die Verantwortlichen in der Gesundheitspolitik beziehungsweise die Kantone, welche die Langzeitpflege restfinanzieren. Dies hat zur Folge, dass die Pflegeheime mit dem Risiko leben, auf

diesen Kosten sitzenzubleiben. In Basel handelt es sich immerhin um einen Betrag von jährlich zwei Millionen Franken, die von den insgesamt 41 Pflegeheimen für «Mittel und Gegenstände» ausgegeben werden.

Eigentlich ein Bundesthema

Dass die Pflegeheime auf diesen Kosten sitzen bleiben, sei nicht im Sinne des Tarifschutzes, wie Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger an der gestrigen Medienorientierung zum «Tag der älteren Menschen» ausführte. Deshalb beschloss der Regierungsrat tags zuvor, diesen Betrag abzudecken. Die Heime sind zwar finanziell stabil, machen jedoch keine nennenswerte Gewinne.

«Wir machen das, damit die Pflegeheime nicht in strukturelle Defizite geraten.» Dies «aushilfsweise», so Engelberger. Politisch «sind wir jedoch der Meinung, dass dies ein Bundesthema ist, das es auf dem Weg einer Gesetzesanpassung zu korrigieren gilt».

Es wäre richtig, wenn das Bundesgesetz diese Positionen den Krankenkassen zuschreiben würde, so wie dies in der Vergangenheit schon der Fall war.

Darüber, dass der Kanton in die Bresche gesprungen ist, ist Gabi Mächler, Präsidentin von Curaviva, dem Verband der Alterspflegeheime, «sehr froh». «Wir teilen die Meinung der Regierung, dass es sich dabei um Kosten handelt, die von den Kassen übernommen werden müssen.» Bis dies auf Bundesebene geregelt sei, werde es eine Weile dauern.

Auch wenn die Änderung für die Pflegeheime erfreulich ist, droht bereits weiteres Ungemach. Die Krankenkasse Sympany hat 29 Heime auf Rückerstattung der Ausgaben verklagt, die sie für «Mittel und Gegenstände» von 2014 bis 2017 ausgegeben hatten. «Das könnte einen langen Rechtsstreit geben», sagt Mächler. Sie hoffe, «dass uns der Kanton hier als Partner begleitet, damit man die Kosten dort belässt, wo sie eigentlich hingehören».

In Basel klagt nur Sympany diese Gelder ein. Sie versichert jedoch fast die Hälfte aller Versicherten, wie Mächler schätzt. Es geht um eine Summe von weiteren vier Millionen Franken.

Von Generation zu Generation

Am «Tag der älteren Menschen» war aber auch von durchaus Erfreulichem die Rede: vom Generationenaustausch-Projekt «Vom Alter lernen» zum Beispiel. Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Kirschgarten besuchten dabei Bewohner der Adullam-Stiftung in Basel und Riehen. Dabei befragten sie die Senioren zu Themen wie Hochzeit, Bildung, Frauenrechte, Schicksalschläge oder technischer Fortschritt.

In diesen Begegnungen lernte Jung von Alt und Alt von Jung. Ausserdem entstand im Rahmen des Deutschunterrichts der Schülerinnen und Schüler eine ganze Reihe von Aufsätzen, welche diese Begegnungen nun in Form einer kleinen Broschüre dokumentieren.

BaZ vom Donnerstag, 27. September 2018, Seite 22